

Saarbrücken

Flüchtlingsrat und 3. Welt Saar fordern Ende der Kooperation mit Ditib
red, 24. November 2016, 02:00 Uhr

Der Saarländische Flüchtlingsrat und die Aktion 3. Welt Saar fordern die Landesregierung auf, die Zusammenarbeit mit der Ditib beim Islam-Unterricht auf kommunaler und Landesebene auszusetzen. Die Ditib (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) sei ein reaktionärer und direkt dem Regime des türkischen Präsidenten [Recep Tayyip Erdogan](#) unterstellter Islam-Verband, teilen die beiden Organisationen gestern mit.

Darüber hinaus fordern beide Organisationen, das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK aufzuheben und auf Dialog statt Repression zu setzen. Da das Saarland in diesem Jahr den Vorsitz der Innenministerkonferenz innehat, die am 29. und 30. November in Saarbrücken stattfindet, bestehe die Möglichkeit, unmittelbar politisch Einfluss zu nehmen, um die Repression zu beenden, heißt es in einer Mitteilung. In Deutschland ist die PKK seit Ende 1993 als terroristische Vereinigung verboten. Ein linkes „Aktionsbündnis gegen die Innenministerkonferenz“ setzt sich ebenfalls für eine Aufhebung des PKK-Verbots ein und will dafür am kommenden Samstag ab 13 Uhr vor der Congresshalle [Saarbrücken](#) demonstrieren. Zu dem Aktionsbündnis gehören unter anderem das Kurdische Gesellschaftszentrum [Saarbrücken](#) und die MLPD Saar.